

# SPD KV-INTERN

## Liebe Genossinnen und Genossen,

ein sehr politisches Jahr geht zu Ende. Leider konnten wir die Ziele, die wir uns gesetzt hatten, für die Kommunalwahl nicht erreichen. Wir haben es aber trotzdem geschafft, neun Bürgermeister im Kreis zu stellen. Auf diese Zahl können wir aufbauen und in den nächsten Jahren wollen wir diese Zahl vergrößern. In vielen Gemeindevertretungen haben wir mehrere Sitze erreichen können, es ist wichtig, dass wir auch in den Gemeinde- und Stadtparlamenten SPD-Politik voranbringen und deutlich Farbe zeigen.

Die Bundestagswahl ist abgeschlossen. Wir haben mit Dirk Peddinghaus einen Kandidaten ins Rennen geschickt, der für uns einen sehr guten Wahlkampf gemacht hat. Mit über 5.000 Hausbesuchen, vielen Veranstaltungen und Wahlkampfständen hat er deutlich gezeigt, dass unsere Kandidaten kämpfen können. Leider hat dieses Engagement nicht für den Einzug in den Bundestag gereicht. Wir bedanken uns bei Dirk für seinen unermüdlichen Einsatz für die Partei. Es ist uns nicht gelungen, Dirk auf dem Landesparteitag auf einen sicheren Listenplatz zu positionieren. Wir müssen in den nächsten Jahren alles dafür tun, dass unsere Kandidatinnen und Kandidaten stärken auf den Listen des Landesverbandes gesetzt werden. Es kann nicht sein, dass es nur nach Mitgliederstärke und Stadtbereichen geht, die Aufgabe des KVs in den nächsten Jahren wird sein, dafür zu sorgen, dass die ländlichen Bereiche nicht abgehängt werden. Unsere Mitglieder haben eine einzigartige Möglichkeit über den Koalitionsvertrag mit abzustimmen, darum beneiden uns die anderen Parteien. Der Vertrag ist verschickt worden und ihr könnt in euren OV's diskutieren und euch eure Meinung bilden. Danach könnt ihr überlegen, wie ihr euch entscheiden wollt. Die Abstimmungsbriefe sind auf dem Weg zu euch und müssen mit eurer Stimme bis zum 12. Dezember 2013, 24.00 Uhr im Postfach des Parteivorstands sein. Also bedenkt, dass ihr eure Stimme rechtzeitig auf den Weg bringt.

Wann das Ergebnis vorliegt, und eine Mehrheit (es reichen hierfür 50,1 %) sich für bzw. gegen den Vertrag ausgesprochen hat, sollten

wir mit dieser Entscheidung konform gehen und sie mit tragen. Mir ist es sehr wichtig, dass wir uns nach dem Ergebnis nicht untereinander streiten und uns gegenseitig Verwürfe machen. Die Chance eines Mitgliedervotums haben die anderen Parteien nicht und wir sollten daher demokratisch mit dem Ergebnis umgehen.

Im Mai 2014 ist die Europawahl und wir haben mit Ulrike Rodust eine sehr gute Kandidatin, die sich für uns in Europa einsetzt. Wir bitten daher um eure Hilfe und Unterstützung beim Wahlkampf von und mit Ulrike. Denn nur durch unsere Unterstützung können wir eine Stimme in Europa für das nördlichste Bundesland erreichen.

Ich wünsche euch und euren Familien eine besinnliche Weihnachtszeit ein gesegnetes Weihnachtsfest und einen guten Start ins neue Jahr.

Euer

Ralf Wrobel



## Wichtige Termine:

16.12.2013	Treffen mit SPD-Bürgermeister
13.01.2014	KV-Sitzung
17.01.2014	Neujahrsempfang der SPD SL-FL
12.01.2014	Jahresempfang SPD Glücksburg
31.01. bis 01.02.2014	KV Klausur
05.02.2014	Kreistagsfraktion
21.02.2014	Kreistagsfraktion
03.03.2014	KV-Sitzung
07.03.2014	Kreistagsfraktion
11.03.2014	Kreistagsfraktion
28.03.2014	Kreistagsfraktion

# SPD KV-INTERN

## Kommunalisierung des Rettungsdienstes

Der Rettungsdienst im Kreis Schleswig-Flensburg wird vom DRK Kreisverband Schleswig-Flensburg, sowie der Johanniter-Unfallhilfe in der Rettungswache Schleswig und der Freiwilligen Feuerwehr Steinbergkirche an den Wochenenden in der Nebenwache Steinbergkirche derzeit durchgeführt. Hierüber bestehen öffentlich-rechtliche Verträge. Der Vertrag mit dem DRK stammt aus dem Jahr 1978 mit Nachträgen aus dem Jahr 1998 und 2001.

Aufgrund eines Gutachtens der Firma Forplan Dr. Schmiedel vom Dezember 1996 wurden in Schleswig-Holstein bedarfsgerechte Rettungswachen festgelegt. Hierbei war maßgebend, dass jeder an einer öffentlichen Straße

liegender Ort innerhalb von 12 Minuten nach Eingang der Notrufmeldung von einem Rettungsmittel erreicht wird (Kreis-

gebietsgrenzen blieben hierbei unberücksichtigt. Der Rettungsdienstbereich des Kreises ist nicht mit dem Kreisgebiet identisch). Diese Bedarfsanalyse wird regelmäßig wiederholt. Die letzte Analyse erfolgte im Sommer 2012. Hierbei kam raus, dass es im Jahr 2011 bei nahezu 25.000 Alarmierungen Hilfsfristverletzungen von bis zu 17 % gab. Die Tolleranzgrenze liegt bei 10 % aller Einsätze. Daraufhin wurde ein Mehrbedarf von 194 Rettungsmittelwochenstunden (RMWSt.) errechnet. Konkret verteilt sich dies auf die Rettungswachen wie folgt: Kappeln 8 RMWSt. mehr, Steinbergkirche 27 RMWSt. mehr, Schleswig 39 RMWSt. mehr sowie ein zusätzlicher Rettungswagen und Eggebek 120 RMWSt. mehr sowie ein zusätzlicher Rettungswagen. Diese übernimmt derzeit auch das DRK.



Mit Beschluss aus dem Jahr 2008 hat der BGH klargestellt, dass in den sog. Submissionsländern das Vergaberecht auf die rettungsdienstliche Beauftragung der Leistungserbringung anzuwenden ist. Schleswig-Holstein zählt zu den Submissionsländern. Die Entscheidung vom BGH wurde 2010 vom EuGH bestätigt. Die Anwendbarkeit besteht schon seit 1993 mit dem Inkrafttreten der europäischen Dienstleistungsrichtlinie in Deutschland. Folglich fallen grundsätzlich die Nachträge von 1998 und 2001 mit dem DRK unter das Vergaberecht.

Die Aufstockung der RMWSt. entspricht einem Auftragsvolumen von ca. 500.000 € / jährlich und liegt deutlich über dem Schwellenwert von 200.000 €.

Einer Ausschreibungsverpflichtung kann sich der Kreis als Träger des Rettungsdienstes nur durch Kommunalisierung der Durchführung, also der Leistungserbringung durch einen Regie- oder Eigenbetrieb durch eine sog. „Inhouse-Vergabe“ entziehen. (Gem. § 6 Abs. 2 RDG). Aufgrund der Vergaberechtlichen Situation hat der Kreis spezialisierte Rechtsanwälte von der Firma KPMG um eine rechtliche Stellungnahme beauftragt. Diese kamen u. a. in Ihrer Stellungnahme zu der klaren Aussage, dass vor dem Hintergrund der bestehenden Vertragslage nur ein vorübergehende Notvergabe zur Abwendung möglicher Schadenersatzansprüche gegen den Kreis bis max. 1.1.2014 gedeckt sei und von einer Direktvergabe an den bisherigen Leistungserbringer aus vergaberechtlichen Gründen dringend abgeraten wird.

In der Sitzung des Gesundheits- u. Brandschutzausschusses des Kreises am 13. November wurde diese besondere rechtliche Vergabesituation ausführlich beraten und diskutiert. Die Mitglieder waren sich einig, dass niemand ernsthaft eine Ausschreibung der 194 zusätzlichen RMWSt. in Betracht zieht. Dies hätte zur Folge, dass möglicherweise ein Anbieter die Ausschreibung gewinnt, der mehrheitlich aber nicht gewollt ist. Beispielsweise aufgrund der schlechten Arbeitsbedingungen der Mitarbeiter.

Um nun Rechtssicher in die Zukunft gehen zu können hat der Ausschuss mehrheitlich einer

# SPD KV-INTERN

Gründung einer Anstalt öffentlichen Rechts (AÖR) zugestimmt. Dieser Beschluss muss noch am 18. Dezember im Kreistag bestätigt werden. Neben den 194 zusätzlichen RMWSt. werden die Mitarbeiter des Kreises, die jetzt schon mit dem Rettungsdienst befasst sind eingebunden und darüber hinaus wird das sog. Overhead, also Management Aufgaben sowie die Fakturierung (Abrechnung mit den Krankenkassen), die bisher beim DRK lag zukünftig durch die AÖR ausgeführt.

Erfreulicherweise wird durch die Gründung einer AÖR Auch ein Beitrag zur Haushaltskonsolidierung des Kreises beigetragen, Bis her bekam der Kreis eine jährliche Grundpauschale zur Deckung der Personalkosten, für die Mitarbeiter des Kreises, die mit Aufgaben des Rettungsdienstes betraut sind. Diese Kosten liegen tatsächlich über der Grundpauschale. Mit Gründung der AÖR können diese Kosten komplett über rettungsdienstliche Entgelte refinanziert werden.

Die SPD Kreistagsfraktion begrüßt die Gründung einer AÖR. Allerdings kann dies nur der erste Schritt sein. Über die AÖR werden nur die zusätzlichen 194 RMWSt. abgedeckt. Diese Mitarbeiter werden nach dem TVÖD bezahlt. Die Kollegin die weiterhin beim DRK beschäftigt sind, bekommen ihr Gehalt weiter nach dem DRK Tarifvertrag. Aus Sicht der SPD Kreistagsfraktion kann es nicht sein, dass für die gleiche Tätigkeit unterschiedliche Tarifverträge zur Anwendung kommen bzw. die Mitarbeiter unterschiedlich bezahlt werden. Im nächsten Schritt sollte die komplette Kommunalisierung des Rettungsdienstes umgesetzt werden, damit dann der komplette Rettungsdienst des Kreises unter dem Dach der AÖR durchgeführt wird.

Andreas Pauls, MdK  
Mitglied im Gesundheits- u. Brandschutzausschusses der Kreises

## Mitgliederversammlung der SPD-Schleswig-Flensburg

Auf einer Mitgliederversammlung der SPD Schleswig-Flensburg am 26. November 2013 in Schleswig mit MdB Sönke Rix wurden die bisherigen bekannt gewordenen Ergebnisse der Koalitionsverhandlungen lebhaft diskutiert. Der bisher bekannt gewordene Koalitionsvertrag war an diesem Abend noch nicht maßgeblich, da über den Koalitionsvertrag noch verhandelt wurde.

Beleuchtet wurden die „Big Points“ u. a. zum flächendeckenden Mindestlohn, Rente, Zeit- und Leiharbeit, Elterngeld, Wirtschaft, Bildung und Pflege.

Kritisch und zum Teil kontrovers beleuchtet wurden in verschiedenen Diskussionsbeiträgen die Art des Zustandekommens der Aufnahme zu Koalitionsverhandlungen mit der CDU/CSU und ein Für und Wider einer Großen Koalition.

Sönke Rix betonte, dass die SPD sich insbesondere für die Schwachen in der Gesellschaft einsetze. Bei Nichtzustimmung des Koalitionsvertrages würde der Parteivorstand beschädigt.

Letztendlich haben die Mitglieder das Wort. Der Kreisvorsitzende Ralf Wrobel rief alle dazu auf, für die Teilnahme am Mitgliedervotum zu werben.



Auf dem Foto: Ralf Wrobel und Sönke Rix

# SPD KV-INTERN

## Liebe Genossinnen und Genossen,

3 Punkte, die in letzter Zeit intensiv für Diskussionen gesorgt haben:

in den letzten Monaten mussten wir schmerz- lich erleben, dass „kranke“ Straßen unser System schnell schwächeln lassen. Die Repa- ratur an der Rader Hochbrü- cke war für viele eine Zumu- tung- zeitlich und finenzi- ell. Die in unserem Landesteil ansässigen Unternehmen hatten massive Probleme mit dem Transport von Gütern und Waren, viele Firmen hatten Lieferengpässe, weil der sonst so zügige Transport nicht gewährleistet werden

konnte, zusätzliche Kosten entstanden durch lange Anfahrtswege z.B. über die B5 oder stundenlangen Wartezeiten durch die noch zeitweise ebenfalls eingeschränkten Nadelöh- re am Rendsburger Tunnel, in Jagel, Busdorf und Eckernförde. Arbeitnehmer die täglich über die Brücke müssen, mussten viele länge- re Arbeitswege einplanen. Die Anwohner in den betroffenen Gemeinden mussten viel Lärm ertragen, die Straßen haben stark gelit- ten.

Das hat unseren Landesteil empfindlich ge- troffen und deutlich gemacht, dass der Jytlandroute auf keinen Fall zu vernachlässi- gen ist. Und dafür werde ich mich auch weiter stark machen! Denn es geht um unsere Un- ternehmen, es geht aber auch um den Trans- port von und nach Skandinavien, es geht um Tourismus und unsere eigene Mobilität. Ein einziger Blick auf die Landkarte genügt, um zu wissen, dass die feste Fehmarn Belt Querung für einen großen Teil von Norwegen und Schweden keine Alternative darstellt.

Die Landesregierung wird im Rahmen eines Sonderprogrammes insges. 38.5 Mill€ in die Landstraßen stecken, Geld das auch unserem Landesteil zu Gute kommt.

Übrigens was die CDU immer gesagt, aber nie getan hat, denn die Schlaglöcher gibt es nicht erst seit unserem Regierungsantritt.

## 2. Der kommunale Finanzausgleich , kurz FAG

Der erste bzw. mittlerweile schon 2. Vorschlag des Innenministers Breitner zur Neuordnung des FAG liegt auf den Tisch.

Was bedeutet das für den Kreis Schleswig – Flensburg:

Unsere 135 Gemeinden bekommen insgesamt 5,63 Millionen € mehr

Nur 11 Gemeinden bekommen weniger Geld als heute

Der Kreis selber bekommt 7.6 Mill € weniger., allerdings werden im Jahre 2013 75% und ab dem Jahr 2014 100% der Grundsicherung( ca. z..Zt. ca 6,8 Mill € vom Bund übernommen.)

Der Gesetzentwurf ist ein Vorschlag und wir werden mit allen Beteiligten ca. 1 Jahr lang diskutieren. Und es gut, wenn sich möglichst viele einbringen. Andreas Breitner sucht z.Zt. die Gespräche mit den Kreisverwaltungen. Hier ist er bereits gewesen. Und wir planen mit dem KV einen Termin für einen Kreisver- bandsausschuss zu diesem Thema. Wir sollten hier gemeinsam für den Kreis einsetzen.

Sämtliche Detailinformationen könnt ihr der Homepage des Innenministeriums entneh- men. Hier der Link dazu.

[http://www.schleswig- holstein.de/IM/DE/KommunalesSport/ KommunaleFinanzen/KommunaleFinanzen\\_ n ode.html](http://www.schleswig- holstein.de/IM/DE/KommunalesSport/ KommunaleFinanzen/KommunaleFinanzen_ n ode.html)

## 3. Pflegekammer

Wir müssen an vielen Stellschrauben drehen, um die Pflege wieder attraktiv, zukunftssicher und selbstbewusst zu machen. Neben der Reform des Pflegebedürftigkeitsbegriffes und der Ausbildung, Verbesserung von Rahmen- bedingungen und angemessen Löhnen, braucht die Pflege eine demokratisch organi- sierte Selbstverwaltung. Also weg von der Fremdbestimmung durch Berufsfremde und hin zur selbstdefinierten Eigenverantwortung. Die Aufgaben sind: -Berufs – und Interessen- vertretung in der Pflege, Regelung der Berufs- ordnung, Regelung der Weiterbildung, Siche- rung der Qualität, Unterstützung bei der Be- rufsausübung und ganz wichtig: Mitwirkung bei der Gesetzgebung, denn jetzt wird zwar viel über die Pflege geredet, aber Dabeisein ist der Zufälligkeit überlassen.



# SPD KV-INTERN

Im Dezember 2012 hat der Landtag deshalb die Regierung beauftragt die Grundlagen für die Einrichtung einer Pflegekammer zu schaffen und ist damit einer langjährigen Forderung der Pflegeberufsverbände nachgekommen. Wir setzen damit auch einen Teil des Koalitionsvertrages und Parteiprogrammes um.

Über die Sommermonate hat das Sozialforschungsinstitut TNS eine repräsentative Umfrage bei 1170 beruflich Pflegenden, also bei denen, die Mitglied in dieser Kammer werden sollen, durchgeführt.

Sehr bewusst nur bei den potentiellen Mitgliedern, nicht bei den Trägern, Einrichtungsleitungen, Betriebswirten und anderen Berufsgruppen, nur bei den potentiellen Mitgliedern. Sehr zum Bedauern derer, die die Kammer ablehnen, wie z.B. die privaten Anbieter oder einige Gewerkschaften.

Das Ergebnis: 51 % sind für die Einrichtung, nur 24 % sind dagegen und 25 % wissen es noch nicht, weil sie nicht ausreichend informiert fühlen.

Von den Befragten gaben 19 % an, Mitglied in einer Gewerkschaft zu sein, davon sprachen sich 55 % für die Einrichtung einer Pflegekammer aus.

Die komplette Umfrage und die Ergebnisse, sowie weitere Informationen zum Thema Pflegekammer findet ihr auf der Seite des Sozialministeriums:

<http://www.schleswig-holstein.de/MSGFG/DE/Service/Broschueren/PDF/pflegekammer.html>

Wir laden alle Beteiligten ein sich in diesen Prozess positiv zum Wohle der Pflegenden einzusetzen. Am 16.12. veranstaltet das Ministerium eine erste Pflegekammerkonferenz, weitere Informationen folgen landesweit. Die Afa wird im Januar dazu eine Veranstaltung machen. Gleichzeitig braucht die Pflege aber starke Gewerkschaften, die für sie für gute Gehälter und Arbeitsbedingungen kämpfen, wir brauchen verantwortungsvolle Einrichtungen, die ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern familienfreundliche und gesunde Arbeitsplätze zur Verfügung stellen. Und wir brauchen mehr Zufriedenheit durch Selbstverantwortung in dem Beruf, den die Pflege inhalt-

lich am besten selbst definieren und organisieren soll, eben durch eine Pflegekammer!

Das alles kann wunderbar Hand und Hand gehen, jeder mit seinem Aufgaben- und Zuständigkeitsbereich. Worauf die Pflege aber gar keine Lust mehr hat, ist die ewige Fremdbestimmung.

An vielen Themen kann man sich streiten, gute Voraussetzung für das Streiten sind entsprechende sachliche Informationen und ein fairer Austausch. Dazu will ich auch gerne weiter beitragen. An dieser Stelle herzlichen Dank für die gute Zusammenarbeit!

Aber jetzt ist Advent. Das politische Amt, egal ob Haupt –ehrenamtlich, ist in dieser Zeit meist eher gestresst. Besinnlichkeit in Haushaltsberatungen, Veranstaltungen, letzten Sitzungen usw., kommt eher nicht auf. Aber irgendwann ist es dann soweit:

Und dann wünsche ich Euch von Herzen frohe Weihnachten und ein gesundes neues Jahr!  
Birte

MdL Birte Pauls

## FAQ-Neuordnung: Risiken für die Kreise

Am 03.09.2013 hat der Innenminister den Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung des kommunalen Finanzausgleichs zum 01.01.2015 vorgelegt.

Das Finanzausgleichsgesetz ist im Kern über 30 Jahre alt und bedarf dringend einer Neuordnung, zumal eine Reihe von Voraussetzungen

sich in der Zwischenzeit verändert haben (Zonenrandgebiete, zentrale Psychiatrie u.ä.). Insofern gebührt dem Innenminister Andreas Breitner hohe Anerkennung, dass er als Erster dieses „heiße Eisen“ anfasst.



# SPD KV-INTERN

Aus Sicht der Kreise ist die geplante Neuordnung eine Umverteilung der FAG-Mittel aus den Haushalten der Kreise in die Haushalte der kreisfreien Städte. Für unseren Kreis ergibt sich nach den bisherigen Planungen ein Rückgang an Finanzzuweisungen in Höhe von **über 7,6 Mio. € jährlich!**

Deshalb hat der Kreistag – mit den Stimmen der SPD-Kreistagsfraktion - die Landesregierung und den Schleswig-Holsteinischen Landtag aufgefordert, gleichberechtigte Entwicklungsmöglichkeiten in allen Landesteilen sicherzustellen und für einen attraktiven kreisangehörigen Raum Sorge zu tragen, der den Menschen im Vergleich zu den großen Städten gleichwertige Lebens- und Arbeitsbedingungen bietet. Die Kreise dürfen nicht Verlierer der Reform sein!

Bezogen auf den nördlichen Landesteil unter Einbeziehung der Kreise Schleswig-Flensburg und Nordfriesland, der jeweils kreisangehörigen Gemeinden und Städte und der kreisfreien Stadt Flensburg ist festzustellen, dass der FAG-Entwurf trotz der Verschiebung des Finanzausgleichs zugunsten des kreisangehörigen und kreisfreien Raumes zu einer finanziellen Benachteiligung des nördlichen Landesteils in Höhe von

**ca. 6 Mio. € p. a. führen würde.**

Kommunale Selbstverwaltung in den Kreisen kann sich verfassungsgemäß aber nur entfalten, wenn der dafür zuständige Landesgesetzgeber den Kreisen in Schleswig-Holstein aufgabenangemessene Finanzmittel zur Verfügung stellt, um eine eigenverantwortliche und eigengestaltbare Aufgabenerfüllung zu gewährleisten. Deswegen sind bei der Novellierung des kommunalen Finanzausgleiches die tatsächlichen Einnahmen der Kommunen in voller Höhe in Ansatz zu bringen und nicht wie beabsichtigt mit fiktiven Ansätzen die bestehenden Missverhältnisse zwischen Kreisen und kreisfreien Städten weiter zu verfestigen.

Die Kreise in Schleswig-Holstein sind unterfinanziert – auch nach Prüfung durch den Lan-

desrechnungshof S-H.! Deswegen wehren wir uns gegen einen Finanzentzug, der die Daseinsvorsorge in den ländlichen Räumen unseres Landes nicht mehr gewährleistet.

Der kommunale Finanzausgleich in Schleswig-Holstein muss so reformiert werden, dass die Kreise wieder in die Lage versetzt werden, ihre staatlichen Vollzugsaufgaben grundsätzlich mit staatlichen Finanzzuweisungen zu finanzieren, ohne dafür die Kreisumlage einsetzen zu müssen, wie es heute leider passiert.

Die erforderlichen Kosten für die Aufgabenerfüllung müssen zur Grundlage des FAG gemacht werden (z.B. Benchmarking) Eine angemessene Finanzausstattung kann nicht vom Ausgabewillen der Kommunen bestimmt werden, wie es bei den kreisfreien Städten vorgesehen ist.

Wir fordern von Landesregierung und dem Landtag, den zurück liegenden 120 Millionen-Eingriff in den kommunalen Finanzausgleich rückgängig zu machen und auf zukünftige Eingriffe in die Finanzverteilung zwischen Land und Kommunen zu verzichten.

Dieser Eingriff wirkt sich seit 2007 allein mit ca. 6 Mio. p. a. auf den Kreis Schleswig-Flensburg aus. Bis zum geplanten Inkrafttreten des neuen FAG zum 01.01.2015 werden dem Kreis dadurch

**Finanzmittel von ca. 48 Mio. entzogen worden sein.**

Die Landesregierung plant außerdem, die finanziellen Entlastungen des Bundes bei der Grundsicherung nicht vollständig an die Kreise und kreisfreien Städte weiterzuleiten, sondern von den Mittel ca. 38 Millionen € für das Land einzubehalten. Dies wäre ein Bruch der Beschlüsse von Bundesrat und Bundestag!

Bei vollständigem Weiterleiten der „Grusimittel“ würde der Kreis Schleswig-Flensburg netto **um rd. 7 Mio. p. a.** entlastet werden. Diese Entlastung ist dringend geboten, da die Entwicklung der Mehrbelastungen bei den weiteren Sozialleistungen und den Jugend-

# SPD KV-INTERN

---

und Familienhilfen die Entlastung bei der Grundsicherung deutlich übertreffen.

Der Zuwachs der jährlichen Nettobelastung des Kreises Schleswig-Flensburg seit 2007 für nachfolgende Leistungsbereiche:

Kosten der Unterkunft, KdU-Leistungen:

ca. + 6,2 Mio. €

Sozialleistungen SGB X11 (insb. Eingliederungshilfen):

ca. + 2,1 Mio. €

Jugend- und Familienhilfen:

ca. + 5,3 Mio. €

insg. + 13,6 Mio. €

**Saldiert mit der Entlastung in der Grundsicherung verbleibt eine Mehrbelastung von ca. 6,6 Mio. € p. a.**

Der Gesetzesvorschlag des Innenministers basiert auf einem Gutachten des Niedersächsischen Instituts für Wirtschaftsforschung e.V. (NIW); auch der Landkreistag hat ein „Gegenutachten“ in Auftrag gegeben. Beide Gutachten können bei Interesse von mir per Mail abgefordert werden:

[ingo@degner-schleswig.de](mailto:ingo@degner-schleswig.de).

Grundsätzlich ist zu bemerken:

Es wurde für den vorgelegten Gesetzentwurf **keine** Aufgabenbetrachtung durchgeführt. Stattdessen hat man statistische Ausgabendaten mit einigen politischen Thesen gemischt und versucht, durch komplizierte Berechnungen eine Objektivität vorzutäuschen.

Zu behaupten, dass der kreisangehörige Bereich zum Teil profitiere, ist unredlich. Wenn eine Seite (kreisfreie Städte) 50-60 Millionen € mehr bekommt, muss die andere Seite zwangsläufig ein Minus in der gleichen Höhe verkraften, es sei denn, das Land pumpt zusätzliches Geld ins Verfahren.

Den Kreisen kann nicht eine 70 Mio. € Grusi Entlastung angerechnet werden, da erheblicher Anstieg der Kosten in anderen Bereichen (Eingliederungshilfe+Jugend) die Entlastung auffrisst.

Nach Gesetz hat der Kreis bei Defiziten die Verpflichtung, diese über eine Kreisumlagenerhöhung auszugleichen. Selbst über Kreditaufnahme bei Kreisen gibt es keinen Unterschied, da Kreisschulden gleichzeitig Gemeindeschulden sind.

Durch die Umsetzung des Gutachtens des Innenministers werden noch mehr staatliche Aufgaben über Kreisumlage finanziert. Die umgekehrte Richtung ist jedoch gefordert, den sie hat eine Gleichstellungs- und Ergänzungsfunktion und ist nicht für staatliche Aufgabenerfüllung vorgesehen!

Der Innenminister ist nicht nur Vertreter einzelner Kirchtürme, sondern hat für **gleichwertige Lebensverhältnisse im ganzen Land zu sorgen**.

Wir haben jetzt noch gemeinsam ein Jahr Zeit, das neue FAG so zu ändern, dass alle zu ihrem Recht kommen. Denn eine Aussage von Andreas Breitner ist richtig:

**„Es ist noch kein Gesetz so aus dem Landtag rausgekommen, wie es in den Landtag reingekommen ist.“**

Ich freue mich auf die interkommunale Diskussion und die Gespräche mit unseren Landtagsabgeordneten.

Ingo Degner, Vorsitzender der SPD Kreisfraktion SL-FL

---

# SPD KV-INTERN

## Klaus Barthel fordert volle Arbeitnehmerrechte für Beschäftigte im kirchlichen Bereich auf dem Bundesparteitag

In Leipzig hat der Bundesparteitag der SPD in der letzten Woche einen historischen Beschluss gefasst, in dem er sich für den Ausbau der Rechte der Beschäftigten der Kirchen stark macht. Der Beschluss geht auf einen Antrag der AfA zurück, der unter anderen Anträgen auch von der AfA SL-FL an die AfA Bundeskonferenz in Bad Godesberg im Jahr 2012 weitergeleitet wurde und angenommen wurde.

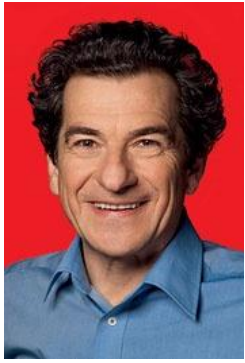
Allgemein geltende Arbeitnehmerrechte müssen auch in Einrichtungen der Kirchen, Religionsgemeinschaften und kirchlichen Gruppen gelten, heißt es dort. Das gelte insbesondere für das Streikrecht und für die Mitbestimmung nach dem Betriebsverfassungsgesetz.

Damit bekennt sich die SPD zum ersten Mal klar zur Einhaltung der Arbeitnehmerrechte bei kirchlichen Arbeitgebern. Zudem ist damit auch etwas gegen den Kostendruck in der gesamten Branche getan, der nicht nur zu Lasten der Beschäftigten geht, sondern auch derjenigen, die die Dienstleistungen in Anspruch nehmen (müssen), sei es die Kinderbetreuung, Krankenversorgung oder Pflege.

Die SPD geht jetzt mit einer klaren Haltung in die öffentliche und verfassungsrechtliche Debatte der nächsten Monate und Jahre. Die Zeit ist reif, die überholten Sonderregelungen für Beschäftigte in kircheneigenen Einrichtungen abzuschaffen.

Der Beschluss der SPD bedeutet im Ergebnis die klare und uneingeschränkte Forderung nach rechtlicher Gleichstellung von rund 1,3 Millionen Beschäftigten, denen bisher elementare Arbeitnehmerrechte verwehrt bleiben. Auch wären sie endlich vor Diskriminierung geschützt.

Auf einer Arbeitstagung der Gewerkschaft ver.di und führende Repräsentanten der Mitarbeitervertretungen (MAV) in diakonischen Betrieben am 13. und 15. November 2013 in Kassel wurden Protestaktionen und Arbeitskampfmaßnahmen angekündigt.



Die AfA Schleswig-Flensburg wird diese Aktionen aktiv begleiten und nachdrücklich die längst fälligen und berechtigten Forderungen aktiv unterstützen.

## AfB-Gründung im Kreis Schleswig-Flensburg

Am 7. September 2013 wurde im Kreis Schleswig-Flensburg eine Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB) im Landesförderzentrum HÖREN in Schleswig gegründet, wo Dr. Hans-Werner Johannsen einstimmig zum Vorsitzenden gewählt wurde. Ihm stehen als stellvertretende Vorsitzende Christine Pluhar und als Beisitzerinnen und Beisitzer Anja Bütow, Elke Krüger-Krapoth, Burkhard Luckow, Frank Lutze



und Uwe Schröder zur Seite.

Der Kreisvorsitzende Ralf Wrobel eröffnet die Gründungsversammlung und begrüßte die Anwesenden. Ihm folgten Grußworte des Direktors der Schule Landesförderzentrums HÖREN, Ingo Degner, und von Hans-Werner Johannsen, der betonte, dass die jetzige Landesregierung endlich die Lehrerbildung auf den Weg gebracht habe.

Mit großem Interesse der anwesenden SPD Mitglieder, dem Landesvorsitzenden der AfB Ulf Daude, interessierten Lehrerinnen und Lehrern und Schulleitern aus dem Kreis SL-FL wurde die Rede der Ministerin für Bildung im Land Schleswig-Holstein, Waltraud Wara Wende, zum Thema „Welche Lehrerbildung braucht die Inklusive Schule?“ begleitet.



## SPD KV-INTERN

Wara Wende betonte die Wichtigkeit der Bildung: „Bildungsgerechtigkeit ist eine zentrale Aufgabe der Gesellschaft und Bildung ist für mich ein Menschenrecht. Dabei hängt die Messlatte bei der Inklusion sehr hoch“, so Wende weiter. „Eine Reform der Lehrerbildung hätte eigentlich viel früher begonnen werden müssen“, war das Fazit der Ministerin.

Ulf Daude betonte in seinem

Grüßwort die Wichtigkeit der Gründung einer AfB. Mit der AfB im Kreis SL-FL sei die 6. Arbeitsgemeinschaft Bildung im Landesverband in SH gegründet worden. Weitere Kreise würden diesem Beispiel folgen. Im Anschluss hatten die Anwesenden die Möglichkeit, Fragen und Anregungen aus der Praxis an die Ministerin Wende zu stellen, wovon viele der Anwesenden Gebrauch machten.

Dr. Hans-Werner Johannsen teilte in seinem Schlusswort mit, dass auf der ersten ordentlichen Sitzung des AfB, die in Steinfeld stattfinden soll, das Thema „Kleine Grundschulen“ behandelt wird.

*Hans-Werner Johannsen  
Vorsitzender der AfB Schleswig-Flensburg*

### **Liebe Genossinnen und Genossen, der Wahlkampf ist zu Ende, der Sieg blieb leider aus!**

Auch wenn es nicht leicht ist, nach einer solch anstrengenden Zeit als Zweiter vom Platz zu gehen, die Demokratie hat halt ihre eigenen Spielregeln. Und dazu gehört es auch, dass nicht derjenige gewinnt, der am meisten Einsatz zeigt, sondern der/die, die am meisten Stimmen bekommt.

Ihr hört Enttäuschung in diesen Sätzen? Sicher, denn wenn man nicht gewinnen will, dann braucht man auch nicht antreten. Doch Enttäuschung bedeutet nicht Resignation! Auch weiter gilt es für unsere Ziele zu kämpfen und gemeinsam für bessere Lebens- und Arbeitsverhältnisse in unserem Land zu kämpfen. Hierzu stehe ich auch weiter – und zwar mit ganzer Kraft – zur Verfügung!

Lasst mich einmal das Wahlergebnis - und ich betone aus meiner Sicht - analysieren und damit auch Rückschlüsse auf zukünftige Wahlkämpfe ziehen:

Grundsätzlich haben wir den großen Vorsprung der CDU bei den Erststimmen – es waren immerhin 10.000 Stimmen bei der Wahl 2009 – deutlich verkürzt und damit einen erstaunlichen Stimmenzuwachs, der deutlich über dem Bundestrend lag, verzeichnen können. Letztlich war es aber wohl dieser Bundestrend, der mit einer dominanten Stellung der Bundeskanzlerin einherging, der uns die letzten Stimmen versagt hat, die zum Sieg notwendig gewesen wären. Trotzdem können wir mit großem Stolz auf viele Einzelergebnisse schauen. In vielen Bereichen haben wir eine deutliche Mehrheit erringen können. Flensburg, Schleswig, Harrislee, dies sind die größeren Orte, wo die SPD wieder die Nase vorne hat. Aber auch Steinfeld und die „kleinste Stadt“ Deutschlands Arnis sind in unseren Händen!

Diese tollen Ergebnisse dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass wir in weiten Bereichen des Kreises Schleswig-Flensburg nur unterdurchschnittlich abgeschnitten haben. Die Wahl um das Direktmandat haben wir auf dem Land verloren, insbesondere, weil in Flensburg die Wahlbeteiligung deutlich unter dem Schnitt des übrigen Wahlkreises lag!

Legt man die Wahlergebnisse neben die Karte mit unseren aktiven Ortsvereinen, so erkennt man schnell: Überall wo die SPD aktiv ist, haben wir gut bis sehr gut abgeschnitten. Überall dort, wo Ortsvereine „im Tiefschlaf sind“ oder keine Strukturen vorhanden sind, da sind uns wertvolle Stimmen verloren gegangen. Dies muss uns wachrütteln! Wir müssen wieder in der Fläche sichtbar werden. Zum einen natürlich in der Zeit des Wahlkampfes, aber insbesondere auch zwischen den Wahlen. Der Kreisvorstand hat sich dieser Herausforderung angenommen und ich hoffe, die Ideen tragen Früchte.



**AfB**  
**SPD**

## SPD KV-INTERN

Was ziehe ich für Schlüsse aus meinen Analysen?

Erstens muss uns noch mehr gelingen, in unseren Hochburgen Menschen zu mobilisieren zur Wahl zu gehen. Wenige Prozentpunkte Wahlbeteiligung in Flensburg und Schleswig bedeuten den Wahlsieg, davon bin ich überzeugt. Zweitens müssen wir eine Wahlkampfstruktur schaffen, die es uns ermöglicht flächendeckend Präsenz zu zeigen. Die Arbeit muss hier auf mehr Schultern verteilt werden, als es in diesem Wahlkampf der Fall war. Hierzu stelle ich mir eine „Patenschaft“ für die einzelnen Regionen vor, wo sich Genossinnen und Genossen, für einen bestimmten Bereich verantwortlich fühlen und diesen „bearbeiten“. Flyer wollen verteilt, Plakate nicht nur aufgehängt, sondern „betreut“ werden und wir müssen einen Ansprechpartner für die Menschen in jeder Region schaffen.

Für meinen eigenen Wahlkampf ziehe ich den Schluss, dass ich noch mehr den Schwerpunkt auf persönliche Kontakte mit den Bürgerinnen und Bürgern suchen würde. Auch wenn mir die zentralen Veranstaltungen mit Promis viel Spaß gemacht haben, es waren – bis auf wenige Ausnahmen – kaum unentschlossene Wählerinnen und Wähler anwesend. Da auch die Presse über KEINE der Veranstaltungen berichtet hat, sollte man die Zeit hier besser für Infostände und Hausbesuche nutzen! Und diese Hausbesuche – immerhin habe ich 5.500 Stück im Wahlkampf geschafft, müssen für uns Alle „verbindlich“ werden! Auf zu den Menschen, dies muss das Motto bleiben, wenn wir nochmals gemeinsam Wahlen gewinnen wollen. Diese Besuche müssen, über den Kandidaten hinaus, durch geeignete Genossinnen und Genossen ergänzt werden, damit wir den Flächenkreis abdecken können.

Zum Schluss dieser kurzen Analyse möchte ich mich nochmals an die vielen Mitstreiter bedanken, die sich mit vollem Einsatz eingebracht haben. Auch wenn es jetzt unfair wäre einzelne Mitstreiter besonders hervorzuheben – dabei vergisst man immer eine wichtige Person - ich habe mich insbesondere durch Ralf Wrobel in jeder Hinsicht gut unterstützt gefühlt. Sein Bemühen hat viele „kleinere Pannen“ ausgebügelt. Leider war dieser Ein-

satz aber nicht bei jedem Mandatsträger so deutlich, wie bei Ralf.

Was für mich bleibt ist eine persönlich sehr anstrengende Zeit, die ich aber nicht missen möchte. Viele neue Eindrücke habe ich gewonnen, viele neue und interessante Menschen habe ich kennengelernt. Mit den Herausforderungen, aber auch mit den Chancen unserer Region bin ich noch besser vertraut. Diesen persönlichen Gewinn kann auch nicht durch das Wahlergebnis beeinträchtigt werden. Die Region ist mir ein Stückchen mehr ans Herz gewachsen!

Liebe Genossinnen und Genossen, ich würde mich freuen, wenn wir auch weiter zusammen für die Belange unserer Heimat eintreten und die sozialdemokratische Idee auch weiter aktiv einbringen würden. Mein Mandat im Kreistag Schleswig-Flensburg werde ich auch weiterhin ausüben und somit den Kontakt halten. Ob ich in zukünftigen Wahlkämpfen in führender Position zur Verfügung stehe, werden wir im Laufe der nächsten Jahre gemeinsam entscheiden!

Glück auf!

Euer Dirk

*Dirk Peddinghaus*

*MdK Schleswig-Flensburg*

### Also:

Das Wahlergebnis der letzten Bundestagswahl von 25,7%, die Nachrichten aus den Sondierungs- und laufenden Koalitionsgesprächen haben meine Überzeugung, dass eine Große Koalition aus CDU/CSU und SPD keine politische Veränderung der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse bewirken wird, nur bestätigt.

### Wer hat uns gewählt ?

Waren es ALLE abhängig Beschäftigten neben den Genossinnen und Genossen unserer Partei?



# SPD KV-INTERN

Für diese Menschen sind wir in unserem Wahlkampf dafür eingetreten, dass der flächendeckende, gesetzliche Mindestlohn unverzüglich eingeführt wird, dass wir keine prekären Arbeitsverhältnisse mehr dulden, die Beendigung der fragwürdigen Werkverträge und die Beseitigung der bestehenden Jugendarbeitslosigkeit.

Mit diesen Hoffnungen auf Veränderungen in der Arbeitswelt haben wir nicht hinreichend punkten können.

Ist das mangelnde Vertrauen in unsere Wirtschaftskompetenz ursächlich?

Diese 25,7 % können keine Verpflichtung bedeuten, unbedingt in einer Großen Koalition Regierungsverantwortung zu übernehmen.

Dabei geht natürlich die Gelegenheit verloren, für diejenigen, die uns gewählt haben, Verbesserungen im Arbeitsleben möglicherweise zu erreichen.

Wir sollten erst einmal darüber nachdenken, ob eine innerparteiliche Diskussion über den Parteitagsbeschluss „Perspektiven. Zukunft. SPD!“ nicht sinnvoller wäre, als über eine mögliche Regierungsbeteiligung.

*Hermann Jobben  
AG60+plus*

## Information für die Ortsvereinskassierer zum 01.02.2014 !

Am **01.02.2014** ändert sich der nationale Zahlungsverkehr ! Jedweder Zahlungsverkehr ist dann nach den SEPA- Regularien abzuwickeln.

Was heißt dies nun für den „normalen“ Ortsverein? Der Ortsverein ist verpflichtet, seinen Zahlungsverkehr nach dem Stichtag 01.02.2014 nach SEPA abzuwickeln. Dies bedeutet, bisher papierhaft eingereichte Vordrucke, z.B. Überweisungen, sind nur noch im SEPA- Format einzureichen.

Es gibt zwar eine Möglichkeit für Privatkunden, die „alten“ Vordrucke bzw. den Zah-

lungsverkehr noch bis zum 01.02.2016 nach alter Art abzuwickeln, aber nicht für Firmen und Vereine.

Die Ortsvereine werden im Regelfall bei



den Banken und Sparkassen als „Vereinskonten“ geführt. Hier greift SEPA dann bereits ab dem 01. Februar 2014. Benutzt also bitte ab dem 01.02.2014 nur noch **neue Vordrucke**. **Solltet ihr „Online-Banking“ machen, so erfolgt die Umstellung automatisch durch das Kreditinstitut oder durch eine eventuell bei euch vorhandene Zahlungsverkehrssoftware.**

**Sollte der Ortsverein noch Beleghaft Lastschriften einziehen, z.B. für die Mandatsträgerabgaben, so ist dies ebenfalls ab dem 01.02.2014 nicht mehr möglich. Bittet also eure Mandatsträger, die fälligen Abgaben z.B. per Dauerauftrag an euch zu zahlen oder per Überweisung.**

Wenn ihr allerdings weiter die Abgaben per Lastschrift einziehen möchtet, so geht dies dann ab dem genannten Stichtag nur noch beleglos = elektronisch.

Auch benötigt ihr dann eine sog. „Gläubiger-Identifikationsnummer“. Diese bekommt ihr unter der folgenden Adresse bei der Deutschen Bundesbank:

[www.glaebiger-id.bundesbank.de](http://www.glaebiger-id.bundesbank.de)

Die dann erhaltene Gläubiger- ID müßt ihr dann bei eurem Kreditinstitut einreichen, damit ihr über den 01. Februar 2014 hinaus weiter Lastschriften einziehen dürft.

Die sichtbarste Änderung wird es ab dem 01. Februar bei den Kontonummern geben. Die bisherige Angabe „Konto-Nummer“ und „Bankleitzahl“ wird von der „IBAN“ abgelöst. Als Beispiel einmal die Kontonummer der Kreiskasse:

# SPD KV-INTERN

---

Alt: Konto-Nr.: 37141 BLZ 217 500  
00 (NOSPA).

Neu: DE29 2175 0000 0000 0371 41 (*dies ist die Schreibweise nach DIN 5008*).

Ihr findet eure eigene IBAN\* im Regelfall auf euren Kontoauszügen auf der ersten Seite, meistens rechts neben dem Anschriftenfeld. Oder auf der vorhandenen BankCard (ec- Karte). Bitte daran denken, das jedes Konto eine eigene IBAN hat.

\*: IBAN: International Bank Account Number.

Es gibt noch eine weitere Angabe: den sog. „BIC“: = Bank- Identifier Code.

Dieser braucht bei nationalen Zahlungen nicht angegeben werden, nur wenn Zahlungen in das Ausland geleistet werden.

Hier ist es für unseren Bereich so, dass es für die vorhandenen Kreditinstitute innerhalb eines Kreditinstituts immer den gleichen BIC gibt, z.B.:

NordOstseeSparkasse:	NOLADE21NOS
VR Bank FL-SL eG	GENODEF1RSL
Volksbank Schleswig	GENODEF1SLW

Weitere Angaben könnt ihr über den Kreiskassierer bekommen.

Für Fragen rund um das Thema „SEPA“ steht euch der Kreiskassierer unter einer Extra- Mail Adresse gerne zur Verfügung !

[sepakreiskasse@t-online.de](mailto:sepakreiskasse@t-online.de)

*Ingo Obst*  
*Kreiskassierer der SPD Schleswig-Flensburg*

---

## **Arbeitsgruppe Ortsvereine im Kreisverband Schleswig-Flensburg**

Die Arbeitsgruppe hat sich in den vergangenen Monaten eine Aufstellung über die vielen klei-

nen Ortsvereine gemacht und sich über die Zukunft dieser bzw. über mögliche Fusionen Gedanken gemacht. Der Kreisverband hat inzwischen zu verschiedenen regionalen Sitzungen eingeladen, um gemeinsam nach zuzufriedenstellenden Lösungen im Sinne der Mitgliederbetreuung zu suchen.

Im Bereich der Ortsvereine im Amt Süderbrarup hatten die Ortsvereine Scheggerott, Ekenis und Boren in einem Treffen ihren Wunsch zur Auflösung erklärt.

Am 11. November 2013 fand eine gemeinsame Mitgliederversammlung der Ortsvereine Scheggerott und Norderbrarup in Norderbrarup statt, wo sich die Mitglieder einstimmig erklärten, dass die Mitglieder aus Scheggerott organisatorisch zum Ortsverein Norderbrarup zugeordnet werden.

Am 14. November 2013 haben die Mitgliederversammlungen Ekenis und Boren einstimmig beschlossen, die Zuordnung ihrer Mitglieder zum Ortsverein Steinfeld-Ulsnis mit Ablauf des Jahres 2013 beim Kreisverband Schleswig-Flensburg zu beantragen. Dieser Schritt war notwendig geworden, da Ekenis und Kiesby mit der Gemeinde Boren in diesem Jahr fusioniert hatten. In Boren wird ein SPD-Stützpunkt mit einem Stützpunktleiter eingerichtet.

Auf der Mitgliederversammlung des Ortsvereins Steinfeld-Ulsnis am 21. November 2013 wurde einstimmig beschlossen, die Mitglieder aus Ekenis und Boren organisatorisch zu übernehmen.

*Anne Marxen*  
*Kreisvorstandsmitglied SPD Schleswig-Flensburg*

---

## **SPD-NET-SH-Webmasterschulung im Kreis Schleswig-Flensburg**

Mit großem Interesse von Ortsvereinen und Arbeitsgemeinschaften wurde die Webmasterschulung am Sonnabend, den 23. November 2013, auf Einladung des Kreisverbandes Schleswig-Flensburg in der Volkshochschule in Schleswig angenommen.

## SPD KV-INTERN

Rudolf Riep, einer der ehrenamtlichen Hauptadministratoren von der Kooperative des SPD-NET-SH als Trainer der Schulung, führte in professionaler Weise die wissbegierigen Teilnehmerinnen und Teilnehmer Schritt für Schritt in das vielseitige Angebot zur Erstellung von Webseiten ein.

**SPD-NET-SH ist eine Kooperation der SPD-Kreisverbände in Schleswig-Holstein** mit dem Ziel, die Internet-Nutzung in der SPD zu fördern und zu erleichtern. Vorrangig geschieht dies mit Hilfe eines selbst entwickelten Content-Management-Systems, das es erlaubt auf einfache Art und Weise auch komplexe Internet-Auftritte zu gestalten.

Überrascht und erfreut zeigten sich die Anwesenden über den Kurzbesuch bei der Schulung des Kreisvorsitzenden Ralf Wrobel, der es sich nicht nehmen ließ, trotz seiner vielen Terminverpflichtungen, einen Einblick zu verschaffen und die Anwesenden zu begrüßen.

Der Kreisverband Schleswig-Flensburg bedankt sich bei allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern für ihr Interesse an der Schulung und wünscht diesen viel Erfolg bei ihrer Arbeit vor Ort. Ein besonders Dankeschön gilt Rudolf Riep, der aus Horst nach Schleswig angereist war, für seine wertvollen Tipps mit dem Umgang zum Erstellen Websites.

Eine weitere Schulung in Schleswig ist vom Kreisverband Schleswig-Flensburg für das Jahr 2014 in Planung.

*Anne Marxen  
Kreisvorstandsmitglied SPD Schleswig-Flensburg*

### **20 Jahre Unewatt – Auszug aus dem Gutachten: „Frische Brise für Unewatt“**

Unewatt stellt als typisches historisches Angelnerdorf ein besonderes Kulturgut der Region dar, das in Verbindung mit einer wiedererstarnten Bürgerbeteiligung als Ecomuseum einmalig in Deutschland sein kann. Die Bekanntheit ist derzeit allenfalls

regional und somit stark ausbaufähig. Die Besucheranzahlen von derzeit 12.000 p. Jahr werden durch Umsetzung der im Gutachten beschriebenen Maßnahmen auf ein realistisches Potenzial von 20.000 p. Jahr steigen. Nimmt man dazu die Wertschöpfung für die Region, welche mit 107€ pro Tourist und Tag berechnet werden, so würden wir eine Wertschöpfung von 385.000€ pro Jahr für die Region erreichen.

Unewatt weckt als Gesamt-Ensemble das Besucherinteresse und sollte ganzheitlich gestärkt und vermarktet werden. Die jetzigen Museumsinseln sind baulich und didaktisch sensibel zu reattraktivieren, ohne den authentischen Charakter aufzugeben.

Dazu sollte möglichst als Erstes das Marketing für Unewatt verbessert werden und durch Experten erarbeitet werden.

Die Kulturstiftung Schleswig-Flensburg wird sich dieser Aufgabe als erstes Annehmen. Das Museum hat das Potenzial, einzigartige Geschichten zu erzählen über das Landleben, seine kulturelle Einbindung und seinen ständigen Wandel. Dieses sollte für die Zukunft besser ausgebaut werden und auch über die Region vermarktet werden. Naturorientierte Erlebnisangebote wie Picknickplätze und Naturlehrpfade besonders für Kinder und Familien sind ein weiterer Schritt zu einer Attraktivierung des Museums. Thematisch stimmige Veranstaltungen und das bestehende gastronomische Angebot als wichtiger Besucher Impuls soll in diesem neuen Konzept gepflegt und weiter ausgebaut werden. Kooperationen sollen mit dem Ziel forciert werden, dass Unewatt sich als regionalen Netzknoten für kulturelle, touristische und bildungsorientierte Anbieter als Partner zur Verfügung steht. Da diese Vorhaben nicht innerhalb eines Jahres umzusetzen sind, bedarf es einer mittelfristigen und langfristigen Planung und Planungssicherheit. Dieses wird



# SPD KV-INTERN

---

den Kulturausschuss des Kreises und die Kulturstiftung in den nächsten Monaten beschäftigen, damit Unewatt für die nächsten 20 Jahre auf einen richtigen Weg gebracht wird.

Um das Museum weiter auszubauen, steht auch der Erwerb des Christensenhof im Raum. Das Museum benötigt als Auftakt und roten Faden eine „Schlüsselausstellung“ in einem multifunktionalen „Museumszentrum“, das zugleich Basis für öffentliche und interne Museumsfunktionen ist. Die Finanzsituation des Kreises und das noch ausstehende Gutachten der Kulturregion sollen abgewartet werden, um eine langfristige Lösung und Planung in Unewatt zu ermöglichen.

Die gründliche Analyse der vorhandenen Stärken und Schwächen, die Sicht und Einschätzung von Bewohnern, Mitarbeitern und befragten Experten führt zu der Empfehlung: Unewatt erfindet sich neu. Das Landschaftsmuseum Angeln/Unewatt baut dabei auf historischen Wurzeln auf, repräsentiert auf vielfältige Art eine stolze einzigartige Region und stellt sich offen seiner Zukunft. Ziel ist ein übers Jahr attraktives Museum in einem besucherfreundlichen Dorf, mit einer identitätsstärkenden neuen Rolle für die Region.

Die SPD-Kreistagsfraktion wird den Prozess der Reaktivierung aktiv mitgestalten und in den kommenden Monaten sich mit dem Thema und den Folgen der Studie befassen.

*Karsten Stühmer  
Kulturausschussvorsitzender des Kreises  
Schleswig-Flensburg und stellv. Vorsitzender  
der SPD-Kreistagsfraktion*

---

**Impressum:**

Herausgeber:

SPD Kreisverband Schleswig-Flensburg

Königstraße 4,

24837 Schleswig,

Telefon 04621-27110

KV-Schleswig-Flensburg@spd.de

www.spd-schleswig-flensburg.de

V.i.S.d.P. Karsten Stühmer stellv. Vorsitzender  
der SPD Schleswig-Flensburg**Redaktion:** Anne Marxen, Thorsten Schacht  
und Karsten StühmerNamentlich gekennzeichnete Artikel erscheinen  
außer Verantwortung der Redaktion.